

Bundesamt für Verkehr  
Abteilung Finanzierung  
3003 Bern

14. August 2013

**Totalrevision des Gütertransportgesetzes  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die von Ihnen gestellten Fragen beantworten wir wie folgt:

**Grundsätze:**

1. Wir stellen fest, dass der Schienengüterverkehr in der Bevölkerung hohes Ansehen geniesst. Eine Verlagerung der Güter auf die Strasse würde kaum hingenommen. Der Bund muss deshalb vom Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit auch durch allgemeine Beiträge an den Schienengüterverkehr abweichen können. Entsprechend lehnen wir Art. 2, Abs. 2 in dieser Form ab. Er könnte stattdessen lauten:

**Art. 2 Grundsätze und Ziele**

- 2 Der Bund kann Angebote unterstützen, indem er:
  - a. allgemeine Beiträge an den Schienengüterverkehr leistet;
  - b. gemeinsam mit den Kantonen Angebote sicherstellt, die nicht kostendeckend sind;
  - c. die Entwicklung von neuen Angeboten befristet fördert; oder
  - d. die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs fördert.

**Massnahmen:**

2. Wir wünschen die Beibehaltung der Betriebsbeiträge des Bundes. Die bei der Abschaffung zu erwartende Rückverlagerung von Güterverkehr auf die Strasse ist aus Umweltschutzgründen nicht akzeptabel. Zusätzlich soll, wie vorgeschlagen, den Kantonen die Möglichkeit gegeben werden, Schienentransporte nach dem Bestellerprinzip zu fördern.
3. Wir halten Netznutzungspläne für sinnvolle Instrumente. Die Gleichstellung des Güter- mit dem Personenverkehr bei der Trassenzuteilung lehnen wir allerdings ab. Wir befürchten, dass die Fahrpläne des Personenverkehrs insbesondere im Regionalverkehr deutlich schlechter würden und sogar ein Ange-

botsabbau die Folge wäre. Damit würde das Ziel, den Modal-Split aus Umweltgründen zu verbessern, unterlaufen. Zudem würde die Optimierung der Zugumläufe schwieriger, was die Kosten des Personenverkehrs erhöhen würde. Zu verhindern ist auch, dass für den Güterverkehr attraktive Trassen reserviert werden, die er infolge Nachfrageschwankungen nicht nutzt.

Auch die vorgeschlagenen Grundsätze für die Neuregelung von baubedingten Streckensperrungen können nicht akzeptiert werden. Längerfristige drastische Reduktionen des Angebots im Personenverkehr im vorgesehenen Umfang würden das Image des öffentlichen Verkehrs nachhaltig schädigen und müssten zwangsläufig zu Verkehrsverlagerungen auf die Strasse führen.

4. Ja.
5. Siehe Antwort zu Frage 2.
6. Der Güterverkehr hat in der Bevölkerung einen sehr hohen Stellenwert, welcher auch demokratisch abzusichern ist. Er soll wie bisher auf Gesetzesstufe als Aufgabe festgehalten werden. Die SBB dürfen nicht von der Pflicht befreit werden, Güterverkehr als Kernaufgabe zu betreiben. So erhalten auch Private eine erhöhte Sicherheit für ihre Investitionen.
7. Nein.

**Auswirkungen:**

8. Ja.
9. Nein.

**Rechtsanpassungen:**

10. Wir fordern Änderungen entsprechend unserer Antworten zu den Fragen 2, 3 und 6.


**Bemerkungen:**

Die EVP ist skeptisch bezüglich der geäußerten Güterverkehrsprognosen für den Binnenverkehr. Sie hält es für wahrscheinlich, dass die sich ändernden raumplanerischen Rahmenbedingungen zu einer Dämpfung der Bautätigkeit führen werden, was nicht ohne Einfluss auf den Gütertransport bliebe.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier